

# Modell Europa Parlament

Goethe-Gymnasium Schwerin



## Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Ausschussvorsitz: Nadine Gerth, Hjördes Voss

### Die Frage nach einer Strategie gegen nationalistische Tendenzen in den EU-Mitgliedstaaten:

Wie soll die EU auf den wachsenden Nationalismus in ihren Mitgliedstaaten reagieren?

Das Modell Europaparlament,

- A. beunruhigt über den wachsenden Hass, sowie eine skeptische Haltung in der Bevölkerung gegenüber Minderheiten und bezüglich der Aufnahme von Flüchtlingen,
  - B. im Bewusstsein, dass der wachsende Nationalismus die Zusammenarbeit zwischen den Ländern in der EU erschwert,
  - C. tief besorgt über die zunehmende Präsenz rechter Parteien in der Regierung, basierend auf wachsenden nationalistischen Strukturen in der Bevölkerung und die damit verbundene Schwierigkeit einer Regierungsbildung,
  - D. tief besorgt über die im Inland entstehenden Unruhen und Konflikte aufgrund der unterschiedlichen Ausprägung des steigenden Nationalismus und der unterschiedlichen Meinungshaltung bezüglich desselben,
1. empfiehlt eine verbesserte Sozialpolitik, um finanzielle Differenzen in den einzelnen Gesellschaftsschichten zu bekämpfen und somit Unzufriedenheit, resultierend im Hass auf Migranten, zu unterbinden;
  2. befürwortet die Integration von Minderheiten und Flüchtlingen in die Gesellschaft und empfiehlt eine weitere Aufnahme dieser, da als Folge mehr Arbeitskräfte zu Verfügung stehen würden;
  3. unterstützt gemeinsame Projekte der EU-Mitgliedsstaaten gegen landesinneren Nationalismus;
  4. drängt zu einer Gesetzesänderung im Bereich der zulässigen Parteien, bei der eine stärkere Kontrolle gefordert wäre;
  5. hält ausführliche Aufklärung, bezüglich der Lage der Flüchtlinge, innerhalb der Bevölkerung für notwendig, um die Einstellung zu Flüchtlingen in den nationalistisch geprägten Bestandteilen der Bevölkerung zu verbessern;
  6. schlägt vor, innerhalb der EU Partnerschaften zu knüpfen, in denen vom Nationalismus geprägte Länder von weniger nationalistisch geprägten Ländern in Handlung gegen Gewalt unterstützt werden sollen;
  7. befürwortet die Aufklärung über die Folgen politischer Wahlversprechen;

8. unterstützt eine Förderung von Auslandsreisen, um die Kultur und die politische Haltung näher kennenzulernen und sich somit auch teilweise damit identifizieren zu können;
9. wünscht die Einführung von kostenlosen Informationsveranstaltungen über Kulturen anderer Länder und die Aufklärung von Vorurteilen gegenüber Minderheiten;
10. drängt zu verschärften Bedingungen für rechtsextreme und linksextreme Parteien, welche bei Nichteinhalten zu Verbot führen und außerdem sollte eine stärkere Kontrolle zur Zulassung von Parteien eingeführt werden;
11. Empfiehlt Ausschreitungen des Nationalismus stärker in Schulen zu behandeln und öffentliche kostenlose Seminare anzubieten;
12. bekräftigt die zunehmende Polizeipräsenz und fordert gleichzeitig eine Verschärfung der Strafgesetze;
13. gründet den Fond „AFFEN<sup>1</sup>“ um die oben gegebenen Maßnahmen zu finanzieren.

---

<sup>1</sup> Aufmerksamkeit für fatale Entwicklungen des Nationalismus